

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Tätigkeiten · Nachrichten · Meinungen

Politik und Sicherheit

Kamputschea: Volkserhebung oder ausländische Intervention? — Sihanouk über seine »Kerkermeister« — Neue Frontstellung im Sicherheitsrat — Sowjetisches Veto (1)

I. »Die Vorstellung, im Falle eines verabscheuungswürdigen Regimes sei ausländische Intervention gerechtfertigt und gewaltsamer Umsturz legitim, ist höchst gefährlich. Dies könnte schließlich die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung in Frage stellen und die Fortexistenz verschiedener Regimes vom Urteil ihrer Nachbarn abhängig machen. Es ist für den Sicherheitsrat wichtig, unzweideutig zu bekräftigen, daß er die Besetzung eines souveränen Staates durch eine fremde Macht nicht gutheißen kann.« So der französische Delegierte Leprette am 12. Januar in der Kamputschea-Debatte des Sicherheitsrats, so die Haltung Prinz Sihanouks, der den Franzosen mit dieser Passage in der gleichen Sitzung zitierte, so auch die Auffassung von 13 der 15 Mitgliedstaaten des Sicherheitsrats.

Das Demokratische Kamputschea der Roten Khmer beschäftigte nicht zum ersten Mal Gremien der Vereinten Nationen: die Lage der Menschenrechte in dem südostasiatischen Land war 1978 bereits in der Menschenrechtskommission und deren Unterkommission zur Verhütung von Diskriminierung und für Minderheitenschutz zur Sprache gekommen (s. VN 3/1978 S.98f. und 6/1978 S.216f.). Der für Auswärtiges zuständige Stellvertretende Ministerpräsident Kamputscheas, Ieng Sary, verbat sich am 12. Oktober 1978 in der Generaldebatte der 33. Generalversammlung die ausländische Kritik, verwies auf die jüngste Geschichte seines Landes (»von 1970 bis 1975 tötete und verwundete der barbarische Aggressionskrieg der US-Imperialisten ... mehr als eine Million Einwohner und verwüstete 80 Prozent des Landes«), sprach von dem Ziel, eine moderne Landwirtschaft binnen 10 bis 15 und Industrie binnen 15 bis 20 Jahren »im Rahmen einer in der Geschichte der Menschheit völlig neuen kollektivistischen sozialistischen Gesellschaft« aufzubauen und hielt »99 Prozent des Volkes von Kamputschea« für in voller Übereinstimmung mit seiner Regierung befindlich. Vietnam warf er vor, unter dem Deckmantel von Beziehungen »besonderer Freundschaft und Solidarität« das alte Ziel einer Indochina-Föderation unter vietnamesischem Diktat weiterzuverfolgen; als Hintergrund gab er den Plan der »expansionistischen Großmacht mit Ambitionen auf die Welthegemonie« (gemeint: die Sowjetunion) an, »China einzukreisen und Südostasien zu beherrschen«. Mit der Rede Ieng Sarys und der tags darauf erfolgten Erwidern der vietnamesischen Delegierten, die der »Großmacht in Asien« (gemeint: die Volksrepublik China) vorwarf, »bis zum letzten Kamputscheaner gegen Vietnam kämpfen« zu wollen, waren die Rollen für das neue Drama in Südostasien bereits verteilt.

Am 11. Dezember 1978 leitete Kamputschea eine Pressemitteilung seines »Ministeriums für Propaganda und Information« vom 9. Dezember über die Gründung einer »vietnamesischen Organisation mit einem Khmer-Namen« dem Präsidenten des Sicherheitsrats zu (UN-Doc. S/12961); Vietnam machte seinerseits am 21. Dezember die »Erklärung der Nationalen Einheitsfront Kamputscheas für Nationale Rettung« vom 2. Dezember UN-öffentlich (A/33/546, später auch S/13006). Am 31. Dezember 1978 rief Ieng Sary den Sicherheitsrat an und beschuldigte Vietnam, »Aggressionshandlungen und Invasion« gegen sein Land zu intensivieren (S/13001). In einem neuerlichen Telegramm an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/13003) forderte er am 3. Januar 1979 eine dringliche Sitzung des Sicherheitsrats, um »die vietnamesische Aggression zu verurteilen« und die notwendigen Schritte zur Beendigung des Angriffs zu unternehmen; er kündigte zugleich die Entsendung einer Delegation nach New York an. Die chinesische Regierung brachte am 7. Januar ihre Unterstützung der Position Kamputscheas zum Ausdruck (S/13007). An diesem Tag wurde um 12.30 Uhr »die Hauptstadt Phnom Penh völlig befreit. Das diktatorische und militaristische Regime der Clique Pol Pot/Ieng Sary ist völlig zusammengebrochen« — so der von Hanoi aus verbreitete und durch den vietnamesischen Vertreter dem Sicherheitsrat am 8. Januar bekanntgemachte (S/13008) Bericht einer »Saporamean Kamputschea Nachrichtenagentur« der »Nationalen Einheitsfront«. Ebenfalls am 8. Januar beschuldigte Vietnam China der Konzentration von Truppen an seiner Grenze (S/13009) und verbreitete weitere, noch vor der Eroberung Phnom Penhs veröffentlichte Erklärungen der »Nationalen Einheitsfront« (S/13010) sowie des vietnamesischen Außenministeriums (S/13011). Bezüglich des »grausamen Grenzkrieges« seitens der »Clique Pol Pot/Ieng Sary« sei das »vietnamesische Volk gezwungen« gewesen, »sein legitimes Recht auf Selbstverteidigung auszuüben und entschiedene Gegenschläge gegen alle Angriffshandlungen zu führen«, erklärte das Außenministerium Vietnams, das zugleich den »Kampf des Volkes von Kamputschea für den Sturz der Clique Pol Pot/Ieng Sary« zur »internen Angelegenheit« dieses Landes erklärte, in die sich niemand einzumischen habe. Am 9. Januar wurde, wiederum über Hanoi, die Errichtung eines Revolutionsrats unter Vorsitz von Heng Samrin aus Phnom Penh gemeldet (S/13013). Besorgnis löste die politische Entwicklung insbesondere bei den ASEAN-Staaten (vgl. VN 3/1977 S.69ff.) aus (S/13014, vgl. auch später S/13025).

II. Der Sicherheitsrat trat am Nachmittag des 11. Januar zusammen. In vorangegangenen informellen Konsultationen war bereits sowjetischer Widerstand gegen seine Einberufung deutlich geworden. Zur Streitfrage wurde dann die Vertretung Kamputscheas vor dem Rat — Anspruch erhoben die bisherige Regierung, die eine Delega-

tion unter Leitung von Samdech Norodom Sihanouk anmeldete (S/13019), wie der neue Revolutionsrat, dessen Telegramm vom 11. Januar aus Phnom Penh durch den vietnamesischen Delegierten übermittelt wurde (S/13020). Der sowjetische Geschäftsordnungsantrag, die Debatte um mehrere Tage zu verschieben, wurde mit 13 Stimmen gegen die der Sowjetunion und der Tschechoslowakei verworfen (bei Abstimmungen über Verfahrensfragen gibt es kein Veto-Recht). Nach einer sowjetisch-chinesischen Kontroverse, in der der chinesische Delegierte die New York Times mit der Äußerung »die vietnamesische Armee bleibt unter jedem anderen Namen die vietnamesische Armee« zitierte und dem Verdacht Ausdruck gab, das Telegramm Heng Samrins (S/13020) sei gefälscht, da eine direkte Telegrafenerbindung Phnom Penh-New York überhaupt nicht existiere, wurde die Sitzung für knapp eineinhalb Stunden unterbrochen, um die Vollmachten der von Prinz Sihanouk geleiteten Delegation durch den Generalsekretär prüfen zu lassen. Der Bericht (S/13021) befand die Vollmachten für in Ordnung, da die (noch andauernde) 33. Generalversammlung die von der gleichen Stelle ausgestellten Vollmachten der Delegation des Landes zur Generalversammlung akzeptiert habe. Der jamaikanische Ratspräsident Mills lud daraufhin die von Ieng Sary bestätigte und entsandte Delegation einer nach sowjetischer Auffassung nicht mehr bestehenden Regierung zur Teilnahme ein.

Es folgte eine eloquente Rede des Prinzen Sihanouk, der als Grund der »großangelegten, flagranten Aggression« Vietnams die ökonomischen Schwierigkeiten dieses Landes und den Neid auf ein »in vollem Wirtschaftsaufschwung stehendes Demokratisches Kamputschea« angab. Die Geschichte der vietnamesischen Angriffe verfolgte er bis zum 15. Jahrhundert zurück; Vietnam habe die Hälfte Kamputscheas verschluckt, das heutige Südvietnam sei einst der Süden seines Landes gewesen. Der gegenwärtige Krieg sei ein Krieg der »Aggression, Annexion, Kolonisation und regionalen Hegemonie«. Die Version von der Rolle der »Nationalen Einheitsfront« zog er mit dem Hinweis in Zweifel, eine (nach vietnamesischen Angaben) erst am 2. Dezember 1978 gegründete Organisation könne kaum binnen 22 Tagen, bis zum Beginn der Offensive am 25. Dezember, eine für den »Blitzkrieg nach Art Guderians oder Rommels« ausgestattete hochmoderne Armee aufgestellt haben. Der Kampf des Demokratischen Kamputschea gehe vom unbesetzten Gebiet aus weiter, der Fall der Hauptstadt bedeute nicht, daß die Regierung damit illegal werde. Die Sowjetunion bedachte Sihanouk noch mit einem Hinweis auf ihre »schlechte Gewohnheit, in Phnom Penh mit kamputscheanischen Vertretern auszuharren«; zwischen 1970 und 1975 habe sie eng mit den »Faschisten und Kriegsverbrechern« um Lon Nol zusammengearbeitet. Sihanouk forderte den Rat abschließend dazu auf, Vietnam zu verurteilen und zum Rückzug aus seinem Land aufzufordern, sowie den »Marionetten« in Phnom Penh keinerlei Anerkennung oder Unterstützung teilwerden zu lassen. Eine

scharfe Verurteilung Vietnams als Aggressor und die Forderung nach sofortigem Rückzug seiner Truppen vom Gebiet Kamputscheas beinhaltete auch der chinesische Resolutionsentwurf (S/13022), den der chinesische Delegierte im Anschluß an Sihanouks Ansprache begründete.

In seiner Entgegnung zog der Vertreter Vietnams, der ebenso wie der Kubas auf eigenen Wunsch hin zur Teilnahme an der Debatte eingeladen worden war, einen Trennungsstrich zwischen dem Grenzkrieg der beiden Staaten und dem »revolutionären Krieg« des kamputscheanischen Volkes gegen die Diktatur. Phom Penh, das am 31. Dezember 1977 einseitig die Beziehungen zu Hanoi abgebrochen habe, habe sich einer friedlichen Beilegung des Grenzkonflikts unzugänglich gezeigt; in dieser Frage wolle Vietnam nun mit dem neuen Revolutionsrat verhandeln. Was die innere Lage betreffe, so habe die Clique Pol Pot/leng Sary »das gesamte Land in ein riesiges Konzentrationslager« verwandelt; die Bevölkerung des Landes sei wie ein Feind behandelt, Zwangsheiraten eingeführt, die Grundrechte unterdrückt, Märkte und Währung abgeschafft worden. »Die Gesellschaft Kamputscheas war einzigartig in der Welt und in der Geschichte. Es war eine lebendige Hölle.« Die Unterdrückung des Volkes habe die Gegenwehr selbst hervorgebracht. Nach dem Ende des Regimes ziehe nun eine neue Ära in Indochina herauf.

Der sowjetische Delegierte Trojanowski stellte anschließend unter Beweis, daß auch er das Menschenrechtsargument in der politischen Auseinandersetzung zu nutzen gelernt hat; als Kronzeugen für Menschenrechtsverletzungen in Kamputschea, darunter das Verbot der Religion, führte er unter anderem das Wall Street Journal und das Magazin Time an. »Monströse Sozialexperimente« seien durchgeführt, ein »reglementiertes kasernenartiges Leben nach maoistischer Art« für ein ganzes Volk eingeführt worden. Ebenfalls unterstützt wurde die vietnamesische Position durch den Vertreter Kubas, der einen persönlichen Angriff auf Sihanouk (»zweifelhaftes Individuum«, »Operettenprinz«) vortrug. Dieser komme, »angeheuert von seinem Freund Teng Hsiaoping, zum Sicherheitsrat« mit »Vollmachten, die von keinem anderen als seinem Kerkermeister Ieng Sary ausgefertigt« seien.

III. In der Debatte des 11. Januar, die deswegen so ausführlich nachgezeichnet wurde, waren die gegensätzlichen Einschätzungen der Lage hinreichend deutlich geworden. Das Menschenrechtsthema kam bei den vier weiteren Sitzungen des Rats zu Kamputschea erneut zur Sprache. So nahm der Vertreter der DDR — der neben einer Anzahl weiterer Staaten unter Regel 37 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Sicherheitsrats die Teilnahme an den Erörterungen des Rats ohne Stimmrecht gestattet worden war — ausdrücklich auf »die offiziellen Dokumente der Menschenrechtskommission« betreffs »der Lage in Kamputschea unter dem Regime Pol Pot« Bezug. Der britische Delegierte Richard konnte es sich denn auch nicht versagen, darauf hinzuweisen, daß im Vorjahr die Sowjetunion und Kuba einer britischen Initiative in der Menschenrechtskommission bezüg-

lich der Lage in Kamputschea ihre Unterstützung verweigert hatten (vgl. VN 3/1978 S.99). Sarkastisch begrüßte er die »jüngst geschehene Bekehrung«. Im Himmel sei Freude über einen reuigen Sünder, hier aber sehe es nach einer »Massentaufe des sozialistischen Blocks« aus.

Auf die Menschenrechte im Demokratischen Kamputschea ging — als Entgegnung auf direkte Angriffe des, wie er sagte, »Sowjetblocks« — auch Prinz Sihanouk in einer sehr persönlich gehaltenen Erklärung ein. Die Aussage Präsident Carters, das Regime Pol Pot sei »der schlimmste Menschenrechtsverletzer der Welt«, treffe zu. Er sprach von seiner eigenen Leidens erfahrung, von der Isolation, in der ihn Pol Pot gehalten habe, vom Verlust des Kontakts zu den meisten Familienangehörigen, die aufs Land zu gehen hatten. Als Patriot könne er es aber nicht mit ansehen, daß sein Land »vietnamisiert« werde. Im übrigen wies er im Bezug auf die Menschenrechte die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Kuba der »gleichen Kategorie wie Pol Pot und Ieng Sary« zu.

Einen Beitrag zur Vorgeschichte der jüngsten Ereignisse lieferte noch der US-Delegierte Young: sein Land habe am 1. November 1978 den Sicherheitsrat auf den Grenzkonflikt und die Menschenrechtssituation in Kamputschea selbst hingewiesen (S/12911; vgl. auch die kamputscheanische Zurückweisung in S/12919). Der UN-Generalsekretär sei ermutigt worden, das Gebiet zu besuchen, um eine friedliche Regelung zu fördern. »Unglücklicherweise wurden unsere Warnungen nicht beachtet. Vietnam lehnte es ab, den Generalsekretär in dringlicher Mission zu empfangen, und eine über Monate hinweg sorgfältig vorbereitete militärische Lösung entfaltete sich letzte Woche.« Den wiederholten Beschuldigungen der bewaffneten Intervention begegnete der Vertreter Vietnams übrigens mit dem Verweis auf eine Meldung der US-Fernsehgesellschaft CBS, angesichts der kraftvollen Offensive der Aufständischen hätten sich 80 Prozent der bisherigen Armee den »Reihen der Volksarmee« angeschlossen.

Am vierten Tag der Debatte brachte der Vertreter Kuwaits einen gemeinsamen Resolutionsentwurf der sieben blockfreien Mitglieder des Rats — Bangladesch, Bolivien, Gabun, Jamaika, Kuwait, Nigeria und Sambia — ein (S/13027, deutsch S.35 dieser Ausgabe). Der Text verzichtete auf Verurteilung oder Anklage einer Partei, forderte aber zur sofortigen Feuereinstellung und zum Rückzug aller ausländischen Truppen aus Kamputschea auf. Obwohl nach chinesischer Auffassung der Text zu schwach war, zog China zugunsten der Initiative der blockfreien Ratsmitglieder den eigenen Entschließungsentwurf zurück. Das Ergebnis der Abstimmung am Nachmittag des 15. Januar war: 13 Ja- und 2 Nein-Stimmen (Sowjetunion, Tschechoslowakei). Aufgrund des sowjetischen Vetos verfiel der Entwurf der Ablehnung. Trojanowskis Begründung: da der Rat eine Anhörung der »wahren Vertreter Kamputscheas«, des Revolutionsrats, abgelehnt habe, sei ein Beschluß, der der tatsächlichen aktuellen Lage in diesem Land angemessen sei, nicht möglich; der Rat mische sich in die inne-

ren Angelegenheiten eines Mitgliedstaates ein (vgl. auch den Protest der neuen Behörden in S/13029). Ähnlich der Vertreter der Tschechoslowakei.

IV. Zieht man ein Fazit der viertägigen Kamputschea-Debatte, so fällt die isolierte Stellung der Sowjetunion (und mit ihr der Tschechoslowakei) unter den Ratsmitgliedern auf. Weder gelang es ihr, die Behandlung des Themas durch den Rat abzublocken, noch die Anerkennung des Prinzen Sihanouk als Vertreter Kamputscheas zu verhindern. Schließlich war sie gezwungen, erstmals seit Dezember 1971 — als es um einen anderen asiatischen Konflikt, den zwischen Indien und Pakistan, ging (vgl. VN 1/1972 S.31f.) — ihr Veto einzulegen, nach offiziöser amerikanischer Zählung ihr 111. seit Gründung der Vereinten Nationen. Die von ihr selbst und Vietnam vortragene Darstellung der Lage in Kamputschea überzeugte die Mehrheit des Rats nicht, die aus den westlichen und neutralen Mitgliedern sowie China bestand. Während die westlichen Staaten in der Debatte insgesamt eher in den Hintergrund traten, spielte China — das zum Schluß der Beratungen resümierte, noch nicht einmal die Sowjetunion und Vietnam wagten zu sagen, es gebe keine vietnamesische Truppenpräsenz auf dem Territorium Kamputscheas — eine ungewöhnlich aktive Rolle; der so gewonnene Kredit sollte allerdings nur wenige Wochen später mit der eigenen Invasion Vietnams aufs Spiel gesetzt werden.

Die blockfreien Ratsmitglieder sahen sich sowjetischem Widerstand gegen ihren eher milden Entschließungsantrag gegenüber. Wenn auch der Vertreter Kubas — korrekt — anmerkte, es handle sich nicht um eine Initiative des Koordinierungsbüros oder eines anderen Organs der blockfreien Bewegung, sondern um eine von sechs Mitgliedern und einem Beobachter (Bolivien) dieser Bewegung, so gibt es doch keinen Zweifel, daß die große Mehrheit der — im besonderen Maße gegen jegliche ausländische Einmischung empfindlichen — Nichtpaktgebundenen im vorliegenden Fall vom Tatbestand einer ausländischen Intervention ausgeht. Dies kam auch im Debattenbeitrag Jugoslawiens, selbst dem Rat nicht angehörend, zum Ausdruck.

Verfehlt wäre es, von der Frontstellung im Januar etwa dauerhafte neue »Koalitionen« zu erwarten. Festzuhalten ist vielmehr, daß die Staaten der Dritten Welt nach Abwägung des jeweiligen Falles ihre Interessen zu definieren und zu wahren wissen, und daß das so bequeme Interpretationsmuster von der »automatischen Mehrheit« beiseite gelegt werden sollte. Red

Wirtschaft und Entwicklung

Technische Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern — Aktionsplan von Buenos Aires (2)

(Die folgenden Ausführungen setzen den Bericht in VN 1/1977 S.26f. fort.)

Hauptergebnis der UN-Konferenz über Technische Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern (Technical Co-operation among Developing Countries, TCDC) war die Verabschiedung des »Aktionsplans von Buenos Aires«. An der vom 30. August